

# Politisch-demokratische Orientierungen von Lehramtsstudierenden – Empirische Hinweise aus zwei Erhebungen

*Sebastian Dippelhofer*



Sebastian Dippelhofer

## **Zusammenfassung**

Studierende im Lehramt werden in ihrem künftigen Beruf einen maßgeblichen Beitrag zur politischen Sozialisation der nachwachsenden Generation leisten. Es ist deshalb geboten, ihre politisch-demokratischen Orientierungen zu erkunden. Die in einem standardisierten Fragebogen erfassten Indikatoren verweisen dabei auf Ambivalenz und Indifferenz. Zwar ist ihr politisches Interesse ausgeprägt und die politische Selbstverortung neigt nach links. Zugleich aber sind demokratische Prinzipien nur bei knapp der Hälfte hinreichend verankert. Multivariate Analysen zeigen die Kovariation dieser Aspekte. Hinzu treten spezifische Effekte des Geschlechts und der Semesterzahl, andere Merkmale wie Herkunft und Studien spielen eine geringere Rolle.

*Schlagworte:* Lehramtsstudierende, demokratische Überzeugungen, politische Sozialisation, Hochschulen

*Political-Democratic Values of Students Studying to Become Teachers – Empirical Results from Two Studies*

## **Abstract**

In their future profession, students studying to become teachers make a significant contribution to the political socialisation of the younger generation. Therefore it is important to explore their political-democratic values. The indicators covered in a standardized questionnaire point to an ambivalence and indifference. Although these students have a pronounced political interest and a self-positioning leaning to the left, democratic principles are sufficiently deep-seated in only half of them. Multivariate analysis shows the co-variation of these aspects. Additionally, there are specific effects of gender and the number of semesters studied. Other characteristics such as origin and the subjects studied play a minor role.

*Keywords:* Students studying to become teachers, democratic values, political socialisation, higher education

## **1 Einleitung**

Als Repräsentanten von Erwachsenenwelt und gesellschaftlichem System sind Lehrer/innen bei der strukturellen Reproduktion und politischen Bildung der jungen Generation zentral (vgl. *Edelstein/Fauser* 2001). Das resultiert auch aus der sozialen Funktion der Institution Schule. Als „erste Sozialisationsinstanz [...] auf nichtbiologischer Basis“

(Parsons 1987, S. 106) ist sie Ort „gesellschaftlich kontrollierte(r) und veranstaltete(r) Sozialisation“ (Fend 1980, S. 4). Dem schulischen Auftrag zufolge, zu persönlicher, praktischer und politischer Bildung beizutragen, sollen Kinder dort lernen, die Welt zu durchdringen, sich demokratische Werte sowie individuelle Urteils- und Handlungskompetenzen anzueignen (vgl. Hentig 2004). Als Auftrag lässt sich daraus für Pädagog/innen ableiten, „zu *solidarischem Handeln in sozialer Verantwortung*, zu Toleranz und Achtung der Menschenrechte und [...] religiöser Überzeugungen, zu einem friedlichen Miteinander [...] sowie zur Achtung vor Natur und Umwelt zu *erziehen*“ (MSW 2008, S. 15; kursiv im Original). Die in den Grundschulen zu beginnende „Erziehung zur Mündigkeit“ ist in allen Schulstufen fortzuführen (vgl. MSW 2008; Schavan 2004). Dabei ist die Klasse von eminenter Bedeutung: Hier wird „das ‚Geschäft‘ der formalen Erziehung tatsächlich besorgt“ (Parsons 1987, S. 103). Somit obliegt es den Lehrkräften, den Klassenverband zu einem „Handlungsfeld gelebter Demokratie“ (KMK 2009, S. 3) zu formen.

Doch inwieweit, so ist zu fragen, sind diese durch das Studium gerüstet, diesem Auftrag gerecht zu werden? In welchem Maße erwerben sie während des Hochschulbesuchs ein Fundament und Repertoire politisch-demokratischer Überzeugungen, auf das sie zurückgreifen können, um überzeugte und überzeugende Vermittler dieser Werte zu sein? Die eigenen Orientierungen dürften als unverzichtbare Basis dafür gelten, dem gestellten Auftrag in Schule und Unterricht gerecht zu werden und entsprechende Sozialisations- und Bildungsprozesse in der Schülerschaft zu initiieren. Doch liegen hierüber kaum spezifische, empirische Analysen vor. Zwar wurde bis hinein in die 1970er Jahre das Verhältnis von Studierenden zur Demokratie analysiert (vgl. Habermas u.a. 1967), und es wird aktuell wieder aufgegriffen und thematisch erweitert – etwa um politische Meinungen (vgl. Dippelhofer 2008), um Urteile über politische Entscheidungen (vgl. Bargel/Bargel/Dippelhofer 2008) und moralische Werte (vgl. Schillinger 2006; Mägdefrau 2008). Doch nur selten sind künftige Lehrkräfte expliziter Erkenntnisgegenstand. Studien dazu sind älteren Datums (vgl. Schefer 1969; Dann u.a. 1979; Händle 2007). Insbesondere die Pädagogischen Hochschulen (PH) geraten wenig in den Blick. Allenfalls werden hier eher studentische Lebensbedingungen und Motivationslagen fokussiert (vgl. Isserstedt u.a. 2010; Trautwein u.a. 2006; Dippelhofer 2009).

Dieser Hochschultyp, den es nur noch in Baden-Württemberg gibt, widmet sich primär der Rekrutierung von Lehrkräften an Grund-, Sonder-, Haupt- und Realschulen – d.h. in Einrichtungen, die explizit gegenüber einer weniger privilegierten Schülerschaft den Auftrag soziopolitischer Erziehung und Identitätsstiftung hat (vgl. Preuss-Lausitz 1993; MSW 2008). Das spiegelt sich im *Bildungsplan* (2004) und skizziert die zumal politischen Erwartungen an sie und ihre Graduierten – gerade ihrer Bildung sieht sich die PH verpflichtet und möchte „für deren Hochwertigkeit sorgen“ (Schwark 2008, S. 35). Im Unterschied zur Universität konzentriert sich die PH nachdrücklicher auf die praktische Hinführung auf den Lehrerberuf (vgl. LHG 2008; MWK o.J.). Möglicherweise lässt dies weniger Raum für die intensive Auseinandersetzung mit demokratisch-politischen Themen und Positionen und deren Verankerung im demokratischen Wertesystem.

Der vorliegende Beitrag zielt darauf, zunächst im Sinne einer Bestandsaufnahme politisch-demokratische Orientierungen von Lehramtsstudierenden im universitären sowie im pädagogischen Bildungszweig empirisch zu ergründen und aufgrund der differenzierten Selbstverständnisse etwaige Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Hochschultypen herauszuarbeiten. Ferner wird sondiert, inwieweit die gewählten Indikatoren der politisch-demokratischen Überzeugungen kovariieren. Ein besonderes Augen-

merk gilt dann der Frage, welche Bedeutung soziodemografischen Merkmalen, der Semesterzahl, dem Studienfach und der anvisierten Schulform zukommt. Dies wird bi- und multivariat geprüft. Abschließend wird mit Blick auf soziale und bildungspolitische Implikationen Bilanz gezogen, und es wird der Beitrag ventiliert, der seitens der Befragten für die politische Sozialisation der Kinder und Jugendlichen möglich ist.

## 2 Datengrundlage

Die Analysen basieren auf zwei unabhängig voneinander durchgeführten Erhebungen – zum einen auf dem repräsentativen Studierendensurvey aus dem WS 2006/07, der von der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz durchgeführt wurde. Der Anteil der Lehramtsstudierenden an der Gesamtstichprobe beläuft sich auf 15 Prozent (vgl. *Multrus/Bargel/Ramm* 2008), wobei nicht nach dem späteren Schultyp differenziert werden kann. Zum zweiten wird aus einer Studie aus dem WS 2008/09 an der PH Freiburg berichtet, in deren Sample angehende Lehrkräfte mit einem Anteil von drei Viertel vertreten sind (vgl. *Dippelhofer* 2009). Da die PH-Studie nur *eine* Einrichtung einbezog, hat sie explorativen Charakter. Beide Untersuchungen haben einen standardisierten, schriftlichen Fragebogen mit teilweise identischen, ordinal skalierten, validierten Fragebatterien verwendet. Das erlaubt direkte Vergleiche der politisch-demokratischen Orientierungen der Lehramtsstudierenden an den unterschiedlichen Einrichtungen.

Die politisch-demokratischen Überzeugungen wurden in beiden Erhebungen anhand von drei Indikatoren erfasst (vgl. *Dippelhofer* 2008): Zum einen durch das als Bedingung für ein demokratisches Verständnis geltende *politische Interesse*, zum anderen mittels der *politischen Selbstverortung* im links-rechts Spektrum und drittens anhand der *demokratischen Orientierungen* – diese werden durch die in Anlehnung an *Kaase* (1971) formulierte *Demokratienskala* gemessen. Hier sind die Befragten zur Bewertung von fünf Aussagen anhand eines Likert-Formats aufgerufen (vgl. Abbildung 1). Der Assoziationskoeffizient Gamma weist an beiden Hochschultypen positive Beziehungen zwischen den Items auf – lediglich das Gewalt legitimierende steht in schwach negativer Beziehung zu einer unkritischen Opposition (-.03). Eine darauf beruhende post-hoc konstruierte Skala soll auf aggregiertem Niveau die Akzeptanz *demokratischer Prinzipien* erfassen – sie beinhaltet ein sechsstufiges Kontinuum: vehement, eindeutig, labil, schwach, tendenziell undemokratisch, stark undemokratisch (vgl. Tabelle 2).<sup>1</sup> Die Assoziationskoeffizienten zeigen, dass sowohl an der PH als auch – etwas schwächer – an den Universitäten die Summenskala inhaltlich gleichgerichtet mit den einzelnen Items kovariiert, wenngleich in unterschiedlicher Stärke (Gamma jeweils zwischen .70 und .38).

## 3 Das Spektrum politisch-demokratischer Orientierungen

### 3.1 Indikatoren

Das von den Studierenden sich selbst gestellte Verpflichtungsgefühl, politische Gleichgültigkeit sei verantwortungslos, zeigt sich seit jeher darin, „viel stärker an Politik (interessiert zu sein) als die Bevölkerung insgesamt“ (*Bargel* 1985, S. 68) – das spiegelt sich in

beiden Datensätzen. Wie an den Universitäten, ist das *politische Interesse* auch an der PH Freiburg – gemessen an der theoretischen Skalenmitte – relativ hoch (vgl. Tabelle 1). So signalisieren an beiden Einrichtungen 58 Prozent Interesse am politischen Geschehen; sie wählen die Kategorie 4, 5 oder 6. Gleichzeitig ist aber von beachtlichen Minderheiten zu berichten, die der Politik nichts abgewinnen können – das ist bei einem Viertel an den Universitäten der Fall, an der PH ist es jeder Fünfte; sie haben sich für die Antwortvorgaben 0, 1 oder 2 entschieden.

Tabelle 1: Politisches Interesse und politische Selbstverortung von Lehramtsstudierenden, nach Hochschultyp (Mediane)

	Pädagogische Hochschule <sup>c)</sup> N = 512	Universitäten gesamt <sup>d)</sup> N = 1002	p
Politisches Interesse <sup>a)</sup>	3,8	3,8	n.s.
Politische Selbstverortung <sup>b)</sup>	3,1	3,0	n.s.

a) Politisches Interesse: 0 = gar nicht; 6 = sehr stark

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung: Variablenausprägung 1 = links; 7 = rechts; Berechnungen ohne „kann ich nicht beurteilen“

c) Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

d) Bundesweiter Studierendensurvey der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, WS 2006/07  
p (Mediantest)

Quellen: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierendensurvey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Ähnliche Strukturen zeigt die *politische Selbstverortung*, die Berechnungen beziehen auch jene ein, die sich nicht inhaltlich äußern wollen: Hier ordnen sich die Befragten insgesamt eher links ein, der Medianvergleich ergibt neuerlich keine signifikanten Unterschiede (vgl. Tabelle 1). Mehr als jeder Zweite kreuzt 1, 2 oder 3 an. Ein Fünftel tendiert zur mittleren Position, nur wenige entscheidet sich ausdrücklich für den rechten Pol des Kontinuums. Zugleich ist aber eine deutliche Distanz zum politischen Feld sichtbar: Jeder Fünfte der Lehramtskandidat/innen an der PH sieht sich zu keiner Selbstverortung in der Lage und kreuzt die explizit vorgegebene Kategorie „kann ich nicht beurteilen“ an. An den Universitäten sind es mit 16 Prozent etwas weniger. Jene aber, die ein Urteil abgeben und zum linken Spektrum neigen, sind tendenziell politisch interessierter – dies gilt auch umgekehrt (Gamma jeweils -.17).

Resümierend ist mithin eine gewisse Zurückhaltung von beachtlichen Minderheiten gegenüber Politik zu konstatieren. Das setzt sich bei den demokratischen Vorstellungen fort. Eindeutig sind die Urteile nur bei zwei Aspekten: So ist die Kritik an *Gewalt als Konfliktlösungsmittel* sehr ausgeprägt und beträgt in beiden Hochschultypen 85 Prozent. Ähnliches gilt für die Sicht, *für eigene Überzeugungen auf die Straße zu gehen*. Jeweils drei Viertel der Befragten betonen dieses Recht. Im Gegensatz dazu sind die Einschätzungen zu den anderen Merkmalen weniger pointiert und nähern sich in den Medianwerten dem neutralen Punkt der Likert-Skala. Dahinter verbirgt sich ein zweigipfliges Antwortmuster, das Uneinigkeit im Meinungsbild indiziert. Das betrifft die Aussagen, die *politische Opposition soll die Regierung unterstützen*, ein *Verlust des Streik- und Demonstrationsrechts zur Sicherung der öffentlichen Ordnung* ist legitim und *Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl*. Jeweils knapp um 45 Prozent tendieren zu einer

ablehnenden Haltung, die anderen zu Neutralität – diese wählt annähernd ein Drittel – oder aber zu Zustimmung. Diese Gruppe bekundet damit mehr oder weniger eine gewisse Distanz zu den Grundfesten des demokratischen Systems. Dies gilt gleichermaßen für die Befragten im universitären wie pädagogischen Hochschulzweig.

Die Summenskala „*Demokratische Prinzipien*“ bündelt diese Überzeugungen. Sie portraitiert eine Studierendenschaft, die mehrheitlich nicht fest mit demokratischen Prinzipien verbunden scheint. In beiden Samples liegt der Modalwert in der Kategorie „labil demokratisch“. Insgesamt repliziert sich eine Zweiteilung in den Stichproben: Jeweils etwa die Hälfte der Befragten an PH und Universitäten zeigt sich als in ihren Überzeugungen weniger gefestigt, etwa ein Zehntel ist als demokratiefremd skizzierbar (vgl. Tabelle 2). Ihnen stehen jene gegenüber, die für demokratische Überzeugungen eintreten: Ein Drittel erweist sich als eindeutig demokratisch, ein weiteres Siebtel vertritt diese Meinung sogar vehement.

*Tabelle 2:* Akzeptanz demokratischer Prinzipien von Lehramtsstudierenden, nach Hochschultyp. Gruppierte Summenskala (Angaben in %)

Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien ist ... <sup>a)</sup>	Pädagogische Hochschule <sup>b)</sup> N = 512	Universitäten <sup>c)</sup> N = 1002
– vehement demokratisch	13	14
– eindeutig demokratisch	33	34
– labil demokratisch	44	39
– schwach demokratisch	9	13
– tendenziell undemokratisch	1	1

a) Variablenausprägung 1-6; 1 = vehement demokratisch; 6 = stark undemokratisch. Da die Besetzungszahlen bei „stark undemokratisch“ äußerst gering sind, wird diese Kategorie ausgespart

b) Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

c) Bundesweiter Studierendenbefragung der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, WS 2006/07 p n.s (Chi<sup>2</sup>-Test)

Quellen: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierendenbefragung 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Bilanzierend ist festzuhalten, dass Lehramtsstudierende an Universitäten und PH zwar nachhaltig stark politisch interessiert sind und eher zum linken Spektrum tendieren – dabei besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Indikatoren. Gerade an der PH Freiburg mag aber eine deutliche Minderheit zu ihrer Verortung kein Urteil abzugeben. Mit Blick auf die Akzeptanz demokratischer Prinzipien offenbart sich an beiden Institutionen eine demokratisch zweigeteilte, indifferente Studierendenschaft; weniger als die Hälfte befürwortet vorbehaltlos demokratienahe Vorstellungen. Im langjährigen, querschnittlichen Zeitvergleich, den die Konstanzer Daten erlauben, zeigt sich zudem seit den 1990er Jahren bundesweit ein Rückgang dieser Überzeugungen (vgl. *Dippelhofer* 2008) – das mag nicht folgenlos für die politische Bildung an Schulen bleiben.

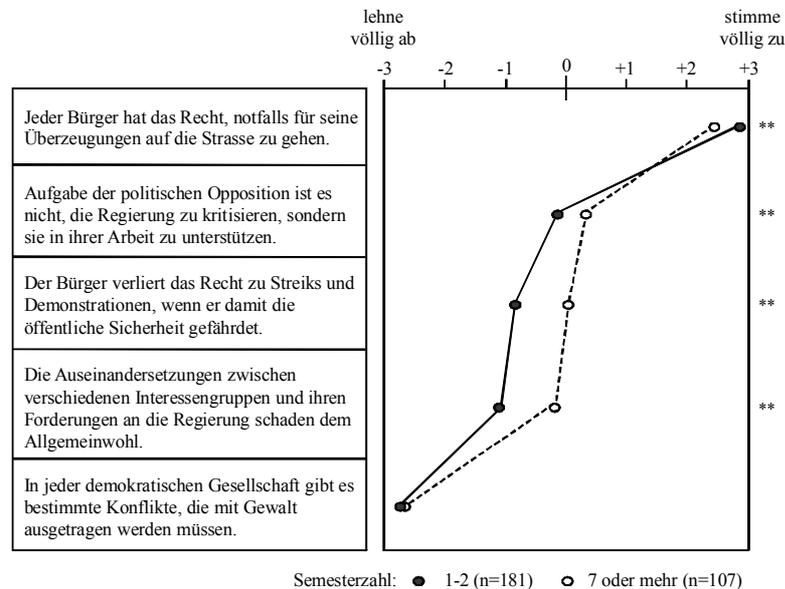
### 3.2 Zusammenhänge mit soziodemografischen und studienbezogenen Aspekten

Die drei Indikatoren der politisch-demokratischen Überzeugungen sind unterschiedlich mit soziodemografischen und studienbezogenen Merkmalen verbunden. Anders als in der Literatur angedeutet (vgl. *Dippelhofer* 2008), spielt die *Bildungsherkunft* keine systematische Rolle. Nur bezüglich des politischen Interesses ist zu konstatieren, dass PH-Studierende aus bildungsfernen Milieus höhere Demokratie-Werte erreichen als die universitäre Referenzgruppe. Differenzierter sind die Zusammenhänge mit der *Geschlechtszugehörigkeit*. In Übereinstimmung mit anderen Studien (vgl. *Gille/Queisser* 2002) sind auch an den Hochschulen deutlich mehr Männer als Frauen offen für Politik. An beiden Hochschultypen bekunden Studenten ein viel höheres Interesse als Studentinnen (PH: 55 vs. 18%; Universitäten: 52 vs. 25%). Während hingegen die links-rechts Selbstverortung gleichermaßen erfolgt und bei den demokratischen Prinzipien an der PH ebenfalls keine signifikanten Unterschiede auftreten, sind die demokratischen Überzeugungen an den Universitäten geschlechtsspezifisch segmentiert: So sind mehrheitlich Studenten mit diesen verankert, mehr als jeder Zweite der angehenden Lehrer ist demokratisch gefestigt, jeder Fünfte sogar vehement. Bei den Frauen beträgt dieser Anteil insgesamt 45 Prozent. Ausgeprägter ist hier ein labiles bis schwaches Verhältnis: Zwei Fünftel sind als labil skizzierbar. Lediglich jede Zehnte ist als vehemente Verfechterin dieser Prinzipien einzuschätzen.

Unter den studienbezogenen Merkmalen tritt vor allem die *Studiendauer* als kovariierend hervor – allerdings in unterschiedlicher Weise. Während an der PH das politische Interesse nicht in systematischer Beziehung hierzu steht, wirkt diese Variable an Universitäten: Rund zwei Fünftel der Studienanfänger äußert politische Aufmerksamkeit. Bei jenen hingegen, die sieben Semester und länger studieren, sind es zwei Drittel. Demgegenüber stellt sich die politische Selbstverortung an beiden Bildungstypen unabhängig von der Studiendauer dar. Wohl aber nimmt die Urteilssicherheit signifikanter zu – und zwar an der PH deutlicher als an Universitäten. Möchte sich jeder dritte Studienanfänger im pädagogischen Bildungszweig nicht politisch festlegen, sind dies gegen Ende des Studiums nur noch 4 Prozent; an den Universitäten halbiert sich dieser Anteil von 20 auf 11 Prozent. Zwar dürften hierbei soziale Reifeprozesse, die sich in nicht-akademischen Kohorten ebenfalls vollziehen eine Rolle spielen. Allerdings deuten die Unterschiede zwischen den Studierenden beider Bildungstypen auf einen sozialisierenden Einfluss der Institutionen hin.

Auch die demokratische Verankerung festigt sich im Laufe der Zeit – dies sei am Beispiel der PH dargelegt (vgl. Abbildung 1). An den Universitäten vollziehen sich ähnliche Zeiteffekte. Im Vergleich zu den Studienfängern sind die Höhersemestrigen in ihren Vorstellung als gestärkter und weniger labil charakterisierbar. Das spiegelt sich in den damit verbundenen Teilaspekten: So wächst mit dem Studium die Annahme, Konflikte seien für das Allgemeinwohl unschädlich – stimmen dem 25 Prozent der Studienanfänger zu, sind es unter jenen, die sieben Semester und länger studieren, 44 Prozent. Dieses Muster repliziert sich bei der Betonung des Demonstrationsrechts und der Haltung gegenüber der Opposition. Je länger studiert wird, desto weniger soll sie die Regierung unterstützen. Ferner steigt die Forderung, jeder dürfe für seine Überzeugungen auf die Straße gehen.

Abbildung 1: Aspekte demokratischer Überzeugungen,<sup>a)</sup> nach Semesterzahl an der PH Freiburg (Mediane)



a) Siebenstufige Skalierung von -3 (lehne völlig ab) bis +3 (stimme völlig zu)  
 \*\*  $p \leq 0.01$  (Mediantest)  
 Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Im Unterschied zu empirischen Befunden, die sich auf sämtliche angestrebten Studienabschlüsse an Universitäten beziehen, erbringt der Medianvergleich bei den Lehramtsfächern nur bezüglich des politischen Interesses einen positiven Zusammenhang. In den Sprach- und Kulturwissenschaften sind die Befragten am aufgeschlossensten – 61 Prozent bekunden eine ausgeprägtere Hinwendung; in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sind es 49 Prozent. An der PH hingegen ergeben sich keine signifikanten fachspezifischen Unterschiede. Wirkung hat indes dort die von den angehenden Lehrkräften präferierte *Schulform*. Mit jeweils zwei Drittel sind besonders jene politisch offen, die in die Haupt- oder Realschule wollen. Unter den künftigen Grundschullehrer/innen ist jede- diglich zweite Person politisch interessiert.

### 3.3 Multivariate Befunde

Ein simultaner Vergleich, in den die bivariat betrachteten Variablen einfließen, soll das Gewicht der verschiedenen Prädiktoren für die drei Indikatoren der politisch-demokratischen Orientierungen schätzen. Die Berechnungen wurden für die PH sowie die Universitäten gesondert durchgeführt.<sup>2</sup> Damit werden keine kausalen Ursachen-Wirkung-Ketten unterstellt – die Modelle dienen heuristischen Zwecken und zeichnen multiple Beziehungsmuster nach. Im Folgenden dargestellt sind jene Modelle, die für die drei Indikatoren den höchsten Sättigungsgrad im Sinne der aufgeklärten Varianz erreichen (vgl. Tabelle 3).

*Tabelle 3:* Regressionsmodelle für die Indikatoren politisch-demokratischer Orientierungen. Standardisierte Beta-Koeffizienten

Prädiktoren	Politisches Interesse <sup>a)</sup>		Kriterium Politische Selbstverortung <sup>b)</sup>		Akzeptanz demokratischer Prinzipien <sup>c)</sup>	
	PH	Uni	PH	Uni	PH	Uni
Geschlecht <sup>d)</sup>	.24***	.26***	-.01	-.05	.05	.01
Bildungsherkunft	-.03	.06	.00	.03	.12*	.03
Semesterzahl	.12*	.13***	-.06	-.05	-.21***	-.12***
Studienfach	.01	-.07*	.08	-.05	-.11	-.01
Schulform	.10		-.03		.01	
Politische Selbstverortung	-.18**	-.16***			.18**	.27***
Politisches Interesse			-.20**	-.18***	-.22***	-.23***
df	6/255	5/804	6/255	5/804	7/247	6/796
Korrigiertes R <sup>2</sup>	.14	.11	.04	.03	.17	.17

a) Politisches Interesse: 0 = gar nicht; 6 = sehr stark

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung: Variablenausprägung 1 = links; 7 = rechts; Berechnungen ohne „kann ich nicht beurteilen“

c) Variablenausprägung 1-6; 1 = vehement demokratisch; 6 = stark undemokratisch. Da die Besetzungszahlen bei „stark undemokratisch“ äußerst gering sind, wird diese Kategorie ausgespart

d) Zur Kodierung der unabhängigen Variablen siehe Anmerkung 2.

\*  $p \leq 0.05$ , \*\*  $p \leq 0.01$ , \*\*\*  $p \leq 0.001$

Quellen: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierendensurvey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

An beiden Hochschultypen ist beim *politischen Interesse* das Geschlecht stärkster Prädiktor und bestätigt die Dominanz der Männer (beta .24 bzw. .26). Obgleich schwächer, hat auch die politische Verortung markanten Einfluss und untermauert die stärkere Zuwendung linker Studierender zur Politik (beta -.18 bzw. -.16). Hinzu tritt die positive Wirkung der Studiendauer sowie an Universitäten der schwache aber signifikante Effekt sprach- und kulturwissenschaftlicher Studienfächer auf das Interesse. Die übrigen Prädiktoren – wie die Bildungsherkunft oder die Entscheidung für eine bestimmte Schulform – haben keine Bedeutung. Bei allenfalls befriedigender Modellgüte von  $R^2 = .14$  bzw. .11 für die Universitäten kommen der „Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht“, der „Verortung im linken Spektrum“ und mit Abstrichen der „längeren Studiendauer“ am ehesten die Vorhersagbarkeit für ein nachhaltiges politisches Interesse zu.

Hinsichtlich der *politischen Selbstverortung* ist an der PH wie an den Universitäten das politische Interesse zentral (beta -.20 bzw. -.18). Hier bestätigt sich der bivariat ermittelte Befund, dass künftige Lehrkräfte mit wachsendem Interesse an diesem Gegenstandsbereich nach links neigen. Demgegenüber erweisen sich alle anderen Einflüsse als nachrangig. Das zeigt sich auch in einer geringen Varianzaufklärung von  $R^2 = .04$  bzw. .03.

Hinsichtlich der *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* ist das Wirkgeflecht deutlich breiter. So hat bei den Studierenden der PH zum einen das Interesse an Politik nachhalti-

gen Einfluss auf die demokratischen Einstellungen, zum anderen die Studiendauer (beta -.22 bzw. -.21). Etwas nachrangiger wirkt neuerlich die politische Selbstverortung: Hier bestätigt sich die Akzeptanz demokratischer Prinzipien seitens linker Befragter. Demgegenüber ist die Beziehung zur Bildungsherkunft verhaltener. Insgesamt münden diese Prädiktoren in eine aufgeklärte Varianz von  $R^2 = .17$ . An den Universitäten ist die politische Einordnung der künftigen Lehrkräfte zentral und festigt die positive Beziehung zwischen linkem Standort und der Betonung demokratischer Prinzipien (beta .27). Bedeutung kommt auch dem politischen Interesse zu. Die Studiendauer ist, zumal im Vergleich mit der PH Freiburg, sichtbar nachrangiger. Das verdichtet sich in einer aufgeklärten Varianz von ebenfalls  $R^2 = .17$ . Resümierend vermögen mithin die Zugehörigkeit zum eher linken Spektrum und ein ausgeprägtes politisches Interesse – sowie mit Abstrichen die Studiendauer – demokratische Verankerungen bei Lehramtsstudierenden an der Universität zu stärken.

Insgesamt bestätigen auch die multivariaten Befunde, dass sich die Beziehungsgeflechte innerhalb der Institutionen nur graduell voneinander unterscheiden. An Universitäten wie an der Pädagogischen Hochschule bestehen ähnliche Einflussgrößen, die die politisch-demokratischen Vorstellungen modellieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kovariation der drei Indikatoren politisches Interesse, politischer Standort und demokratische Überzeugungen.

#### 4 Bilanz

Die empirische Analyse der politisch-demokratischen Orientierungen künftiger Lehrer/innen ist von hoher Bedeutung; nicht zuletzt deshalb, da diese Berufsgruppe bei Bildung und Sozialisation der nachwachsenden Generation eine Schlüsselposition einnimmt – zumal in der Primar- und Sekundarstufe I. Entsprechend ist eine feste Verankerung mit den damit verbundenen Werten Teil des gesellschaftlichen Bildungskanons (vgl. *Edelstein/Fauser* 2007; *Schmid/Watermann* 2009) – neben Universitäten gilt das auch für die Pädagogische Hochschule. Deshalb wurde dieser Themenkranz im vorliegenden Aufsatz mittels dreier Indikatoren aufgefächert und im Rahmen zweier Erhebungen erfasst – bundesweit an Universitäten und exemplarisch an einer Pädagogischen Hochschule.

Die Befunde zeigen ein eher widersprüchliches Bild und eine ambivalente Studierendenschaft: Einerseits ist das politische Interesse durchaus vorhanden und es besteht eine tendenzielle Selbstverortung im linken politischen Spektrum. Andererseits aber mag sich insbesondere an der PH eine deutliche Minderheit in ihrer diesbezüglichen Haltung nicht festlegen. Zugleich sind die demokratischen Prinzipien, die sie vertreten, von gewisser Indifferenz und Ambivalenz gezeichnet. Die Studierenden teilen sich nämlich – anders als aus theoretischer Perspektive erwartbar – in zwei etwa gleich große Lager: Auf der einen Seite stehen Studierende mit stark ausgeprägten Werthaltungen, auf der anderen Seite gering bis gar nicht demokratisch denkende Befragte. Hinsichtlich der im künftigen Beruf zu erfüllenden Erwartungen, scheint mithin nur etwa die Hälfte nachhaltig für ihren Auftrag gerüstet zu sein. Dies gilt für beide Hochschulformen gleichermaßen; die aufgrund des unterschiedlichen institutionellen Profils erwarteten Unterschiede bestätigen sich nämlich nur partiell. An der PH wiegt das aber möglicherweise insofern schwerer, als dass sie durch die Monostruktur der Lehrkräftebildung auch hier der Gefahr ausgesetzt

ist, „die [...] gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu verlieren“ (*Schwark* 2008, S. 33) – die Stärkung einer politisch-demokratischen Bildung könnte dem entgegen wirken.

Die Befunde geben Hinweise, wie die politisch-demokratischen Vorstellungen besser zu fundieren wären: Der enge Zusammenhang zwischen den drei Indikatoren lässt den Schluss zu, dass eine weitere Förderung des politischen Interesses sowie die Fähigkeit, einen eigenen politischen Standort zu entwickeln, demokratische Überzeugungen zu verankern helfen. Die Ermunterung der Studierenden zur Partizipation an Hochschulpolitik könnte als Multiplikator wirken. Möglicherweise würden direkte Bezüge zwischen übergeordneten politischen Entscheidungen und ihre Reichweite für Veränderungen in der Hochschule sichtbar – die Bologna-Reformen sind ein Beispiel dafür. Zudem wäre zu erwägen, in allen Fächern die Studieninhalte stets auch in Hinblick auf gesellschaftspolitische Implikationen zu reflektieren – zumal unter Einbeziehung von Positionen aus dem linken Spektrum. Im Umkehrschluss würde dies sicherlich das Interesse an Politik erhöhen und fruchtbar für einen demokratischen Nährboden sein. Dass den Hochschulen bereits jetzt eine bedeutende Scharnierfunktion zukommt und sie sozialisierend wirken, zeigt das mit zunehmender Verweildauer wachsende Demokratieverständnis der künftigen Lehrkräfte.

Welches Potential für Verbesserungen weiterhin besteht, ergeben die Detailanalysen: So wäre hochschulübergreifend das *politische Interesse* der Studentinnen zu fördern; denn sie werden überwiegend in der Primarstufe arbeiten und können somit einen wichtigen Grundstein für die politische Sozialisation der Kinder legen. Ergänzen könnte das an der PH ein Blick auf die Bildungsherkunft, das Interesse von Studierenden aus bildungsfernen Schichten könnte für die Referenzgruppen vorbildhaft sein. Zudem scheint an Universitäten eine Stärkung der Strukturen chancenreich, wie sie in Sprach- und Kulturwissenschaften vorliegen oder an der PH im Realschulstudium. Insgesamt scheint eine weitere Verkürzung der Studienzeit eventuell die Chancen zu mindern, demokratisch überzeugte Studierende im Lehramt hervorzubringen.

Es sind die Studierenden selber, die die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen fordern – dies belegen die weiteren Ergebnisse der PH-Studie (vgl. *Dippelhofer* 2009). Das bekräftigt den öffentlichen Auftrag der Hochschulen und zeigt den positiven Resonanzboden, der genutzt werden sollte, um die künftigen Lehrerinnen und Lehrer zu überzeugten und überzeugenden pädagogischen Vermittlern politisch-demokratischer Werte zu bilden. Doch auch die Forschung ist gefordert: Die vorliegenden Befunde lassen weitere Analysen unter Einbeziehung von zusätzlichen Indikatoren des politisch-demokratischen Verständnisses zentral erscheinen, um die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität auf diesem Feld weiter aufzudecken und zu ihrer Überbrückung Lösungen vorzuschlagen. Auch im Zuge der Diskussion um die Lehrerausbildung sollte die besondere Aufmerksamkeit den Pädagogischen Hochschulen als demokratische Verantwortungsträger gewidmet sein, nicht zuletzt, um ihnen sowie „Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“ (*Schwark* 2008, S. 33) die eigene Bedeutung bewusst zu machen.

## Anmerkung

- 1 Der Wertebereich der Summenskala „Demokratische Prinzipien“ erstreckt sich von 5 bis 35. Das Item „Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen“ wurde umgepolt. Die Korrespondenz von Skalenwert und inhaltlicher Bezeichnung sieht so aus: 5-9 = vehement demokratisch, 10-14 = eindeutig demokratisch, 15-19 = labil demokratisch, 20-24 =

schwach demokratisch, 25-29 = tendenziell undemokratisch, 30-35 = stark undemokratisch. Die Besetzungszahlen im Bereich „stark undemokratisch“ sind äußerst gering – er wird deshalb in den Analysen ausgespart.

- 2 Alle Regressionsmodelle enthalten Dummysierungen der nominalskalierten Prädiktoren: Fach: Kulturwissenschaft; Geschlecht: männlich; Abschluss: Lehramt; Schulform: Grundschule; Herkunft: Bildungsferne Schicht. Bei der Heranziehung der ordinalskalierten Variable „politische Selbstverortung“, wurde die Ausprägung „kann ich nicht beurteilen“ herausgenommen. Das Kriterium „Politisches Interesse“ entspricht der Originalvariable; das Kriterium „Demokratische Prinzipien“ beinhaltet die (ungruppierte) Summenskala. In die Berechnung einbezogen sind nur jene Befragten, die zu allen Variablen des jeweiligen Modells Auskünfte erteilen.

## Literatur

- Bargel, T.* (1985): Politisches Bewußtsein und Verhalten von Studenten. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. In: Politische Sozialisation an Hochschulen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. – Bonn, S. 65-86.
- Bargel, T./Bargel, H./Dippelhofer, S.* (2008): Der Bachelor – zum Image einer neuen sozialen Kategorie. Empirische Befunde zur Sicht der Studierenden. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 28, 4, S. 377-391.
- Bildungsplan 2004* (2004): Bildungspläne und Materialien. Online verfügbar unter: <http://www.bildungsstaerkt-menschen.de/unterstuetzung/schularten>; Stand: 15.11.2010.
- Dann, H.-D./Cloetta, B./Müller-Fohrbrodt, G./Helmreich, R.* (1978): Umweltbedingungen innovativer Kompetenz. – Stuttgart.
- Dippelhofer, S.* (2008): Politisches Interesse und Demokratieverständnis von Studierenden. – Berlin.
- Dippelhofer, S.* (2009): Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Empirische Befunde aus einer standardisierten schriftlichen Befragung. Hefte zur Hochschul- und Bildungsforschung. Nr. 55. Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Juli 2009.
- Edelstein, W./Fauser, P.* (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), 96. – Bonn.
- Fend, H.* (1980): Theorie der Schule. – München.
- Gille, M./Queisser, H.* (2002): Bürgerschaftliches Engagement junger Frauen und Männer. In: *Cornelissen, W./Gille, M./Knothe, H./Meier, P./Queisser, H./Stürzer, M.* (Hrsg.): Junge Frauen – junge Männer. Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit. – Opladen, S. 205-256.
- Habermas, J./Friedeburg, L./Oehler, C./Weltz, F.* (1967): Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. – Neuwied.
- Hentig, H.* (2004): Einführung in den Bildungsplan 2004. In: *Bildungsplan 2004: Grundschule*. Baden-Württemberg. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. – Stuttgart, S. 7-20.
- Händle, C.* (2007): Lehrerausbildung. In: *Lenzen, D.* (Hrsg.): Pädagogische Grundbegriffe. – Hamburg, S. 938-955.
- Isserstedt, W./Middendorff, E./Kandulla, M./Borchert, L./Leszczensky, M.* (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. HIS. – Bonn, Berlin.
- Kaase, M.* (1971): Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Wildenmann, R.* (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Band 2. – München, S. 119-328.
- KMK (Kultusministerkonferenz)* (2009): Stärkung der Demokratieerziehung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009. – Bonn.
- LHG* (2008) Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg. Landeshochschulgesetz – LHG. Online verfügbar unter: [http://www.hlb.de/fileadmin/hlb\\_GlobalDatapool/downloads/hochschulgesetze/BaWue\\_LHG.pdf](http://www.hlb.de/fileadmin/hlb_GlobalDatapool/downloads/hochschulgesetze/BaWue_LHG.pdf); Stand 24.12.2010.
- Mägdefrau, J.* (2008): Welche Werte haben zukünftige Lehrer/innen? – Lehramtsstudierende und Studierende nicht pädagogischer Fachrichtungen im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 28, 1, S. 36-55.

- MSW (Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen)* (2008): Richtlinien für die Grundschulen des Landes Nordrhein-Westfalen.
- MWK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg)* (o.J.) Pädagogische Hochschulen. Online verfügbar unter: <http://mwk.baden-wuerttemberg.de/themen/hochschulen/paedagogische-hochschulen/>; Stand 24.12.2010.
- Multrus, F./Bargel, T./Ramm, M.* (2008): Studiensituation und studentische Orientierungen. 10. Studienrendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Langfassung. Bundesministerium für Bildung und Forschung. – Bonn, Berlin.
- Parsons, T.* (1987): Die Schulklasse als soziales System: Einige Funktionen in der amerikanischen Gesellschaft (1959). In: *Plake, K.* (Hrsg.): *Klassiker der Erziehungssoziologie*. – Düsseldorf, S. 102-123.
- Preuss-Lausitz, U.* (1993): *Die Kinder des Jahrhunderts. Zur Pädagogik der Vielfalt im Jahr 2000*. – Weinheim.
- Schavan, A.* (2004): Vorwort. In: *Bildungsplan 2004: Grundschule*. Baden-Württemberg Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. – Stuttgart.
- Schefer, G.* (1969): *Das Gesellschaftsbild des Gymnasiallehrers. Eine Bewußtseinsanalyse des deutschen Studienrates*. – Frankfurt.
- Schillinger, M.* (2006): Learning enviroment and moral development: How university education fosters moral jugdment competence in Brazil and two German-speaking countries. – Aachen.
- Schmid, C./Watermann, R.* (2009): Demokratische Bildung. In: *Tippelt, R./Schmidt, B.* (Hrsg.): *Handbuch Bildungsforschung*. – Wiesbaden, S. 881-897.
- Schwark, W.* (2008): Blick zurück nach vorn. ph fr. Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Freiburg, 1, S. 32-35.
- Trautwein, U./Maaz, K./Lüdtk, O./Nagy, G./Husemann, N./Watermann, R./Köller, O.* (2006): Studieren an der Berufsakademie oder an der Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule? Ein Vergleich des Leistungsstands, familiären Hintergrunds, beruflicher Interessen und der Studienwahlmotive von (künftigen) Studierenden aus Baden-Württemberg. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 9, 3, S. 393-412.